

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Junges Forum Halle

Datum: 10.08.2026

Welche konkreten Maßnahmen sollte das Land Sachsen-Anhalt ergreifen, um den Austausch mit Israel, insbesondere im Bereich Jugend, Bildung, Wissenschaft und Kultur, zu stärken?

Zwischen Sachsen-Anhalt und dem Staat Israel gibt es viele verschiedene Verbindungen auf kultureller, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kommunaler Ebene. So gibt es seit 2024 die neue Städtepartnerschaft zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und Kiryat Motzkin in Israel. Daneben gibt es einige Projekte im Jugendbereich, die den Austausch fördern und stärken.

In Lutherstadt Wittenberg ist das bundesweite deutsch-israelische Koordinierungszentrum ConAct beheimatet. Wir wissen, dass der internationale Schüleraustausch und die Schulpartnerschaften seit der Corona-Pandemie zurück gegangen sind und nur langsam wieder das vorherige Niveau erreichen. Es gibt derzeit nur wenige Schulpartnerschaften mit Israel, das wollen wir ändern. Wir wollen den internationalen Schüler- und Jugendaustausch intensivieren und die Förderbedingungen verbessern, damit mehr junge Menschen am internationalen Austausch – auch nach Israel - teilnehmen können. Gern möchten wir eine Zusammenarbeit mit YAD Vasehm für den Bildungsbereich/Gedenkstätten intensivieren.

Die Nationale Akademie Leopoldina in Halle (Saale) und die Israelische Akademie der Wissenschaften (IASH) verbindet eine langjährige Partnerschaft, die nicht nur den wissenschaftlichen Austausch umfasst. Einzelne Kultureinrichtungen unterhalten intensive Beziehungen zu Israel oder israelischen Künstlerinnen und Künstlern, so u.a. Stiftung Bauhaus Dessau oder die Händel-Festspiele in Halle (Saale). Leider ruhen derzeit fast alle Austauschprogramme aufgrund des Krieges gegen den Iran und die Hamas.

Welche Position vertreten Sie zur Zusammenarbeit öffentlicher Einrichtungen, insbesondere im Hochschulbereich, mit israelischen Institutionen?

Als SPD stehen wir zur Sicherheit und dem Existenzrecht des Staates Israel und der besonderen Beziehung von Deutschland und dem Staat Israel. Wir lehnen pauschale Boykotte, Verurteilungen etc. von israelischen Hochschulen, Wissenschaftlern und Künstlerinnen und Künstlern aufgrund ihrer Herkunft ab. Wir werden weiterhin den wissenschaftlichen, akademischen, künstlerischen

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

und politischen Austausch suchen und pflegen und nicht einschränken oder ablehnen.

Als SPD auf Landes- und Bundesebene setzen wir auf eine Politik, die auf Diplomatie, Ausgleich und nachhaltige Friedensperspektiven setzt. Wir unterstützen Bestrebungen für eine Zwei-Staaten-Lösung und das friedliche Zusammenleben in der Region. Wir verurteilen Antisemitismus und israelbezogene Feindseligkeit an Schulen und Hochschulen des Landes. Für uns sollen (Kunst-)Hochschulen sichere Lernorte für alle Studierenden ohne Angst vor Ausgrenzung oder Hetze sein, wobei gleichzeitig der freie, wissenschaftliche Diskurs geschützt werden muss.

Wie sollte aus Ihrer Sicht politische Bildung an Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen gestaltet werden, um ein differenziertes Verständnis Israels und des Nahostkonflikts zu vermitteln?

Der Nahostkonflikt stellt eine besondere Herausforderung für die politische Bildung dar, da er historisch komplex ist, Emotionen und Polarisierungen auslöst und es dazu im öffentlichen Diskurs viele Positionen gibt. Bei der Vermittlung braucht es eine multiperspektivische, sensible, historisch fundierte Vermittlung. Das ist nicht immer einfach und erfordert von den pädagogischen Fachkräften viel. Die Angebote der Bundeszentrale und Landeszentrale für politische Bildung liefern viel Material und Kompetenz für diese Aufgabe.

Wir beobachten an unseren Schulen eine Zunahme von rechtsextremen und antisemitischen Vorfällen. Die Bekämpfung des Antisemitismus an Schulen erfordert ein umfassendes Vorgehen, das Bildung, Prävention und Intervention der Lehrkräfte umfasst. Bedingung ist ein schulisches Umfeld, das von Respekt, Toleranz und Vielfalt geprägt ist. Lehrkräfte stehen vor der Aufgabe diesen Äußerungen entgegenzutreten und präventiv zu wirken.

Das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) bot bspw. den landesweiten Fachtag „Jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und Antisemitismusprävention im schulischen Alltag“ an, der sich an Lehrkräfte und pädagogisches Personal richtete. Es ist darüber hinaus wichtig, dass Wissen und Verständnis für jüdische Kultur und Geschichte zu fördern und durch Kenntnis und Verständnis frühzeitig aktiv zu werden. Lehrkräften fehlt oft ein vertieftes Wissen um den Nahost-Konflikt, hier wollen wir die Fortbildungen intensivieren.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Es gibt die Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten, den jüdischen Gemeinden, der Moses-Mendelssohn-Akademie und dem Berend-Lehmann-Museum in Halberstadt, dem Museum Synagoge Gröbzig und weitere Einrichtungen des jüdischen Erbes, die ein differenziertes und vielfältiges Bild des Judentums im schulischen Alltag sichtbar machen. Leitend ist die gemeinsame Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule.

Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt (Drs. 8/6383), die Fortbildung von Lehrkräften zu intensivieren und Fahrten zu den Gedenkstättenfahrten der beiden deutschen Diktaturen auszuweiten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass jeder Schüler und jede Schülerin mindestens einmal in ihrer/seiner Schulzeit eine Gedenkstätte besucht. Die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung werden wir entsprechend bereitstellen.

Unterstützen Sie die Anwendung der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) als Orientierung für staatliche Institutionen? Bitte begründen Sie Ihre Position.

Ja, die IHRA-Definition wird von uns mitgetragen und unterstützt. Die IHRA-Definition ist eine gute Arbeitsgrundlage zum Erkennen und Definieren der Formen von Antisemitismus und Hass gegen Juden und Jüdinnen und jüdischen Einrichtungen. Die Definition schließt eine berechtigte Kritik am Staat Israel nicht aus. Die Landesregierung hat im März 2021 die Verwendung der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA für die Arbeit der Landesregierung beschlossen. Sie ist Bestandteil des Landesprogramms für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus.

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie auf Landesebene gegen Antisemitismus ergreifen oder haben Sie bereits ergriffen?

Halten Sie die derzeitigen Präventions- und Bildungsangebote gegen Antisemitismus für ausreichend? Falls nein, welche Verbesserungen schlagen Sie vor?

Die Fragen werden zusammen beantwortet:

Das Land Sachsen-Anhalt hat bereits seit 2020 – seit dem antisemitischen Anschlag in Halle (Saale) im Oktober 2019 – ein Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus und einen eigenen Ansprechpartner für jüdisches Leben. Zur Umsetzung des Landesprogramms wird

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

regelmäßig berichtet. In den letzten Jahren konnten zwei neue Synagogen eröffnet sowie die Staatsverträge mit den jüdischen Gemeinden weiterentwickelt und neu in Kraft gesetzt werden. Dies zeigt, dass jüdisches Leben und Kultur in Sachsen-Anhalt trotz aller Herausforderungen aktiv und lebendig ist und geschützt wird.

Im Landesprogramm werden nicht nur Sicherheitsfragen aufgeführt, sondern auch gezielte Präventions- und Bildungsprojekte für alle Ressorts, bspw. Bildung und Polizei. Siehe Antwort weiter oben.

Wie möchte Ihre Partei dazu beitragen, dass Jüdinnen und Juden sowie jüdische Gemeinden selbstverständlich, sicher und vielfältig in Mecklenburg-Vorpommern leben können?

Sie meinen sicher das Land Sachsen-Anhalt. Der zunehmende Antisemitismus besorgt uns sehr. Es gab in den letzten Jahren eine Zunahme von antisemitischen Vorfällen (Beschädigungen, Stehlen von Stolpersteinen, Beschimpfungen, körperliche Angriff u.v.m.) wie die Berichte der Meldestelle Rias belegen. Die meisten Vorfälle sind dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen und beziehen sich auf die Shoah, die Zeit des Nationalsozialismus, im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt und einem zunehmenden antiisraelischen Aktivismus.

Ebenso hat der antisemitische und rechtsradikale Mordanschlag von Halle (Saale) und der versuchte Mord an Jüdinnen und Juden in der Synagoge an Jom Kippur 2019 gezeigt, dass es ein weit verbreitetes rechtsextrem motiviertes und terroristisches Gedankengut und Taten gibt, die leider keine Einzelfälle sind.

Viele Jüdinnen und Juden oder auch jüdische Einrichtungen und Synagogen sehen sich Feindseligkeiten, Anfeindungen und Aggression, die leider zunehmend nicht nur aus radikalisierten Gruppen oder islamistischen Milieus, sondern zunehmend aus der Mitte der Gesellschaft kommend, ausgesetzt. Dies zeigt, dass Antisemitismus weiterhin ein großes gesellschaftliches Problem ist.

Wir wollen, dass jüdisches Leben in Deutschland und in Sachsen-Anhalt sicher leben. Wir stehen fest an der Seite der jüdischen Gemeinschaft. Jüdischen Leben gehört seit vielen Jahrhunderten zu Sachsen-Anhalt, ist und bleibt Bestandteil der deutschen Gesellschaft. Jüdische Kultur, Tradition und Religion sind Teil der deutschen Kultur, Tradition und Religion – nicht nur historisch, sondern auch in Zukunft. Dafür stehen wir ein.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Erst kürzlich hat der Landtag von Sachsen-Anhalt den novellierten Vertrag mit der jüdischen Gemeinschaft für weitere 10 Jahre beschlossen. Darin wird die Zusammenarbeit und Fragen zur Sicherheit zwischen dem Land und der jüdischen Gemeinschaft umfassend geregelt. Über kulturelle Fragen zum Erhalt jüdischen Erbes bis hin zu Sicherheit, Bildung und Begegnung. Das wurde von der SPD Fraktion Sachsen-Anhalt mit voller Zustimmung unterstützt.

Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, um demokratiefeindliche Parteien, wie bspw. die AfD, wirksam zu bekämpfen?

Wir unterstützen ein Verbotsverfahren.